

| | |
|-------------------|----------------------------------|
| Es informiert Sie | Nina Pitscher |
| Telefon | +49 202 563 4190 |
| Fax | |
| E-Mail | nina.pitscher@stadt.wuppertal.de |
| Datum | 26.08.21 |

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Beirates der Menschen mit Behinderung (SI/0666/21) am 11.08.2021

Anwesend sind:

Frau Iris Colsmann, Frau Kirsten Gerhards, Herr Arnold Norkowsky, Herr Bernd Strohmeyer, Frau Antje Baukhage, Frau Eva Rosenkranz, Herr Frank Brüggemann, Herr Jörg Werner, Herr Jörg Schulte, Frau Petra Bömkes, Herr Paul Hinz, Frau Erika Ritter, Frau Georgina Manfredi, Herr Willi Gröser, Frau Andrea Siebott, Frau Rosemarie Michalski, Herr Bernd Engels, Herr Lukas Twardowski, Frau Jennifer Schunck, Herr Erhard Buntrock

Schriftführer / in:

Frau Nina Pitscher

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:15 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 Begrüßung

Die Vorsitzende Frau Petra Bömkes begrüßt die Teilnehmenden und eröffnet die Sitzung.

2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift / Tagesordnung

Die Niederschrift vom 28.04.2021 und die Tagesordnung der aktuellen Sitzung werden genehmigt.

4 Fortschreibung des Angstraumkonzeptes „AngstFreiRäume in Wuppertal schaffen – Angstraumkonzept 2008 bis 2021“ Vorlage: VO/0431/21

Fr. Mahmoudi stellt das Angstfreiraumkonzept vor.

Sie zeigt verschiedene Angsträume im Stadtgebiet auf und schildert, wie aus diesen „AngstFreiRäume“ geschaffen werden können. Als Beispiel nennt Sie den Umbau des Bahnhofes Döppersberg. Dieser sei erfolgreich in einen hellen und offenen Raum umgestaltet worden.

Die Stadt Wuppertal arbeite stetig daran, die insgesamt 31 Angsträume zu „AngstFreiRäumen“ umzugestalten. Dafür seien die Rückmeldungen aller Bürger*innen notwendig. Fr. Mahmoudi ruft dazu auf, sie zu kontaktieren (soziale.ordnungspartnerschaften@stadt.wuppertal.de) und von Angsträumen und Freiräumen im Stadtgebiet zu berichten, wenn es dort Veränderungen gebe oder geben solle, die durch Akteure vor Ort oder der Sozialen Ordnungspartnerschaft begleitet oder initiiert werden sollen.

Das Konzept wird alle zwei Jahre fortgeschrieben.

Die Vorlage wurde im Beirat besprochen und ohne Beschluss entgegengenommen.

5 Aktionstag „Wuppertal barrierefrei“

Fr. Bömkes weist auf den Song „Anders aber Stark“ hin, welcher auf den Social-Media-Plattformen des Beirates der Menschen mit Behinderung zu finden sei.

Fr. Bömkes bittet alle Interessierten darum, einen eigenen Beitrag, in Form eines Videos, zu diesem Song einzureichen. Der Song solle als Vorlage dienen, an der sich orientiert werden könne.

Darüber hinaus bittet Fr. Bömkes alle Mitglieder darum, ein weiteres maximal 2-Minütiges Video einzureichen. Dies solle zum Thema „Vielfalt Leben“ passen. In dem Video haben Menschen mit Behinderung, oder alle Menschen, die einen Bezug zum Thema Behinderung haben, die Möglichkeit, von sich selbst zu erzählen. Beispielsweise, wie sich ihr Alltag gestalte.

Alle Videos können bis Ende Oktober beim Vorstand eingereicht werden.

Das Konzept zu der Erstellung der Videos wird in einer separaten E-Mail an alle Mitglieder des Beirates verschickt.

6 Ein Wuppertal für Alle - Fortschreibung des Handlungsprogramms zur Wuppertaler Inklusionspolitik 2020/2021
Vorlage: VO/0999/21

Hr. Lehnen leitet in das Thema ein. „Ein Wuppertal für Alle“ fasse alle Maßnahmen der Stadtverwaltung zusammen, die die einzelnen Fachbereiche zur Barrierefreiheit leisten würden.

Hr. Lehnen bedankt sich für die große Mühe der gemeinsamen Zusammenstellung aller inklusiven Maßnahmen der Stadtverwaltung.

Es wurde die Bitte an die Ausbildungsabteilung gerichtet, zu berichten, wie viele Menschen mit Behinderung sich derzeit bei der Stadtverwaltung Wuppertal in der Ausbildung befinden würden.

Die Vorlage wurde im Beirat besprochen und ohne Beschluss entgegengenommen.

7 Überprüfung der Ampelschaltungen aller Ampelanlagen im Wuppertaler Stadtgebiet
Vorlage: VO/0491/21

Hr. Kalmbach vom Ressort Straßen und Verkehr leitet in das Thema ein und betont, dass die Ampelschaltungen im Wuppertaler Stadtgebiet nicht nur für den KFZ-Verkehr ausgelegt seien, sondern stets einen Kompromiss aller Verkehrsteilnehmer*innen darstellen. Sicherlich sei die jeweilige Wichtung eine mögliche Stellschraube.

Der Antrag des Beirates beziehe sich auf die Überprüfung aller Ampelanlagen im Wuppertal Stadtgebiet. Herr Kalmbach äußert, dass eine solche Überprüfung - in Anbetracht der vorhandenen Ressourcen - sowohl personell, als auch finanziell, nicht leistbar sei.

Hr. Kalmbach erklärt die technischen Voraussetzungen von Ampelschaltungen, die derzeit im Wesentlichen mit Programmen arbeiten, die auf empirischen („historischen“) Daten fußen. Diese Schaltungen seien insofern immer nur „bedingt richtig“!

Im Frühjahr 2022 sollen zwei Pilotanlagen getestet werden, die über eine künstliche Intelligenz verfügen werden.

Ziel sei, Anlagen zu entwickeln, die den realen Bedarf abbilden und berührungslos (ohne Taster) schalten. So solle die Schaltung künftig die Anzahl

der Fußgänger*innen (und Radfahrer*innen) und deren spezifische Räumgeschwindigkeit individuell berücksichtigen. Dies hätte zur Folge, dass Überwege nur noch bei konkretem Bedarf, dann jedoch unter Beachtung der sog. individuellen „Räumgeschwindigkeit“ geschaltet werden. Im Ergebnis werde dann beispw. einem gehbehinderten Menschen automatisiert so lange Zeit eingeräumt, bis die Fahrbahn wieder frei sei. Im Umkehrschluss werde dann auch ein Gehweg nicht mehr mit „Geisterschaltungen“ betrieben (rot / grün, ohne dass ein(e) Fußgänger*in queren will).

Hr. Kalmbach schlägt vor, weiterhin gemeinsam zu arbeiten und weist in diesem Zusammenhang auf den ohnehin dringend notwendigen Mobilitätswandel hin. Er wäre nachhaltig interessiert und bestrebt, zu diesem Thema eine Arbeitsgruppe unter Einbeziehung von Vertreter*innen des Beirates zu bilden. Gemeinsam mit den Vertreter*innen des Beirates könne dann der jeweilige Standort der Pilotanlagen ausgewählt werden. Hier solle der Fokus insbesondere auf sehr betroffene Stellen in Wuppertal gelegt werden.

Die Pilotanlagen seien insofern maßgeblich für den zukünftigen Standard der Wuppertaler Lichtsignalanlagen, die Umrüstung würde in der Folge sukzessive erfolgen. Auch die weitere Priorität der Umrüstung könne durch die zuvor genannte Arbeitsgruppe festgelegt werden.

Weitere Fragen können per E-Mail an Herrn Kalmbach (rolf-peter.kalmbach@stadt.wuppertal.de) gerichtet werden.

8 Bericht des Inklusionsbüros

Fr. Heinen berichtet von der Erstellung des Nahverkehrsplanes. Der Beirat der Menschen mit Behinderung war dazu aufgerufen, an einer Veranstaltung teilzunehmen und Anregungen einzubringen. Dieser Austausch sei gelungen und die Erkenntnisse aus diesem Format, werden in den Nahverkehrsplan miteinfließen.

Am 25.10.2021 wird dazu eine Sondersitzung des Beirates der Menschen mit Behinderung gemeinsam mit dem Seniorenbeirat stattfinden. Dort werde der Nahverkehrsplan vorgestellt.

Darüber hinaus erstellt die Stadt Wuppertal derzeit eine Nachhaltigkeitsstrategie. Das soziale Themengebiet sei eine wichtige Säule dieser Strategie. Fr. Heinen arbeite gemeinsam mit Fr. Mittelmann für das Ressort 201 an der Nachhaltigkeitsstrategie mit.

Das Inklusionsbüro gibt darüber hinaus einen „Newsletter Inklusion“ heraus. Er berichtet über aktuelle Themen aus den Bereichen Inklusion und Barrierefreiheit aus dem Wuppertaler Stadtgebiet. Dieser kann über die Geschäftsführung Fr. Pitscher (nina.pitscher@stadt.wuppertal.de) abonniert werden.

8.1 Jährliche Auslobung eines Inklusionspreises - Konzept
Vorlage: VO/1014/21

Jährliche Auslobung eines Inklusionspreises - Konzept

Vorlage: VO/1014/21 25 Minuten

Hr. Lehnen berichtet, über den Beschluss des Stadtrates, jährlich einen Inklusionspreis auszuloben. Dabei sei die Meinung des Beirates wichtig, um das Konzept weiter auszuarbeiten.

Fr. Heinen gibt kurz den Inhalt des Konzeptes wieder, welches im Ratsinformationssystem unter diesem Tagesordnungspunkt eingesehen werden kann.

Fr. Manfredi ergänzt das Menschen mit internationaler Geschichte stärker in den Inklusionspreis einbezogen werden müssen.

Fr. Baukhage fragt nach den Kriterien für die Verleihung des Inklusionspreises. Fr. Heinen berichtet, dass sich eine Bewertungsmatrix noch in der Erstellung befinde. Sobald diese erstellt sei, werde eine Abstimmung mit dem Beirat erfolgen.

Hr. Strohmeyer weist darauf hin, dass die Preisverleihung präsender in dem Konzept dargestellt werden solle. So könne der Inklusionspreis eine grössere Aufmerksamkeitsreichweite erhalten.

Der Beirat der Menschen mit Behinderung hat in seiner Sitzung vom 11.08.2021 einstimmig beschlossen:

Das Konzept wurde mit den unten aufgeführten Ergänzungen beschlossen.

- Menschen mit internationaler Geschichte und Behinderung sollen durch das Konzept des Inklusionspreises, stärker als es bisher der Fall ist, angesprochen werden.
- Preisverleihung: Der Inklusionspreis wird dem Anlass entsprechend im Rahmen einer feierlichen, barrierefreien Veranstaltung durch den Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal verliehen. Die Preisverleihung wird durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit begleitet. Die ortsansässigen Medienvertreter*innen werden zur Veranstaltung eingeladen.

Im Sinne der Nachhaltigkeit sind die Preisträger*innen zudem dauerhaft auf der Homepage der Stadt Wuppertal, hier der Internetpräsenz des Inklusionsbüros, vertreten.

8.2 Jahresbericht des Inklusionsbüros 2020
Vorlage: VO/0997/21

Fr. Heinen stellt den Jahresbericht des Inklusionsbüros kurz vor.

Sie berichtet von einer regelmäßigen Zusammenarbeit mit dem Beirat der Menschen mit Behinderung und dem Inklusionsbüro der Stadt Wuppertal.

Die Stadt Wuppertal werde eine Antidiskriminierungsstelle einrichten, welche bei der Gleichstellungsbeauftragten angesiedelt sein wird. Die Antidiskriminierungsstelle werde derzeit von einer Arbeitsgruppe ausgestaltet, in der sich Fr. Heinen befinde.

Der Jahresbericht kann im Ratsinformationssystem der Stadt Wuppertal eingesehen werden.

Die Vorlage wurde im Beirat besprochen und ohne Beschluss entgegengenommen.

8.3 Barrierefreiheitsstärkungsgesetz

Fr. Heinen leitet in die Hintergründe des Gesetzes ein das eine Umsetzung des European Accessibility Act darstellt. Das Gesetz wurde im Bundesrat verabschiedet. Verbände kritisieren es, da es weit hinter den Vorgaben der EU zurückbleiben.

Es bestehe die Forderung, dass dieses Gesetz weiter überarbeitet werde.

9 Berichte aus den Gremien

Aus organisatorischen Gründen wurde von dem Vorstand vor der Sitzung darum gebeten, die Berichte aus den Gremien schriftlich per E-Mail an die Geschäftsführung Fr. Pitscher einzureichen.

Rückmeldung aus dem Ausschuss für Gleichstellung und Antidiskriminierung, Hr. Schulte: Es wurde entschieden, dass eine Homepage erstellt werde. Hr. Schulte wies darauf hin, dass die Homepage vorher vom Beirat, zur Überprüfung der Barrierefreiheit, gesichtet werde. Dies wurde ihm zugesagt.

Weitere Berichte aus den Gremien wurden vorab nicht schriftlich eingereicht.

10 Berichte aus der Verwaltung

Hr. Lehnen berichtet von einer organisatorischen Veränderung. Der ärztliche Dienst zähle ab dem 01.09.2021 zum Sozialamt. Bisher zählte er noch zum Gesundheitsamt.

Hr. Lehnen befürworte diese Entscheidung, da nun alle Arbeitsabläufe gesammelt beim Sozialamt lägen. Dadurch würden Arbeitsabläufe optimiert werden können.

Das neue Betreuungsrecht ändere sich ab dem 01.01.2023. Dies bedeute, dass

die Stadtverwaltung zukünftig deutlich mehr Arbeitsaufträge im Bereich Betreuung bekommen werde, wofür mehr Personal benötigt werden wird.

11

Verschiedenes

Hr. Lehnen berichtet von der Flutkatastrophe. Er freue sich, über die große Solidarität, die die Wuppertaler*innen gezeigt hätten.

Die Situation sei für alle neu gewesen. Der Krisenstab habe beschlossen, dass ein Hochwasser-Kataster erstellt werde, welches aufzeige, wo die potenziellen Überflutungsgebiete seien und wo die Problemlagen entstehen könnten.

Es seien bisher circa 680 Anträge zur Soforthilfe gestellt wurden. Die meisten Auszahlungen seien schon getätigt worden. Die Anträge können in der Jobcenterstelle in der Bachstr. gestellt werden.

Hr. Schulte berichtet von seiner Notlage in der Bachstr. Das Erdgeschoss sollte laut Feuerwehr während der Nacht der Flutkatastrophe evakuiert werden. Dies sei nicht möglich gewesen, da der Strom ausgefallen sei. Vielen Menschen mit Behinderung würden im Erdgeschoss leben. Diesen sei die Evakuierung nicht möglich gewesen. Hr. Schulte habe diese Problemlage mit einem Brief an die Stadt gerichtet. Dieser Brief ist dem Protokoll angehängt.

Hr. Lehnen berichtet, dass durch die Erstellung des oben genannten Hochwasser-Katasters eine solche Problemlage in Zukunft verhindert werden solle. Dazu werden weitere Abstimmungsgespräche mit der Feuerwehr stattfinden.

Fr. Baukhage weist darauf hin, dass Menschen mit Hörbehinderung Feuerwehrsirenen nicht wahrnehmen könnten. Sie bittet die Verwaltung darum, dies zu berücksichtigen.

Petra Bömkes
Vorsitzende

Nina Pitscher
Schriftführerin